



Niederschrift

über die 5. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt
am 09.05.2005

Sitzungsraum:	Rathaussaal, Lange Straße 14
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:15 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister

1 Wolfgang Schwade

CDU-Fraktion

2 Hannelore Bartmann-Salmen	CDU-Fraktion
3 Wilhelm Börskens	CDU-Fraktion
4 Franz Klocke	CDU-Fraktion
5 Klaus Laufkötter	CDU-Fraktion
6 Mechthild Niggemeier	CDU-Fraktion
7 Hans Günther Ostkamp	CDU-Fraktion
8 Christian Prah	CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

9 Otto Brand	SPD-Fraktion
10 Hans-Joachim Kayser	SPD-Fraktion
11 Gabriele Oelze-Krähling	SPD-Fraktion
12 Sabine Pfeffer	SPD-Fraktion
13 Martin Schulz	SPD-Fraktion
14 Udo Strathaus	SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

15 Dr. Forusan Madjlessi	FDP-Fraktion
16 Thorsten Wolf	FDP-Fraktion

BG-Fraktion

17 Hans-Dieter Marche	BG-Fraktion
-----------------------	-------------

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

18 Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-----------------------------------	--------------------------------

Verwaltung

StK + 1. Beig. Strotmeier

FBL Vollmer

FBL Brenke

Presseref. Paschert

StA Rubart

StAR Sommer

StOBauR Laub

Frau Gramckow

Schriftführerin

zu TOP 2

Ferner waren anwesend

Herr Dr. Dr. Rieffel

zu TOP 2

Herr Spiekermann (RLG)

zu TOP 6

Herr Möller (RLG)

zu TOP 6

In öffentlicher Sitzung

Herr Schwade eröffnete die Sitzung und begrüßte neben den Ausschussmitgliedern insbesondere die erschienenen Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und gab eine Ergänzung der Tagesordnung im öffentlichen Sitzungsteil um eine Anfrage der BG-Fraktion und im nichtöffentlichen Sitzungsteil um 5 Berichte der Verwaltung bekannt.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Flutopferhilfe für Südostasien

hier: a) Bericht über den Nothilfeinsatz durch Herrn Dr. Dr. Rieffel

b) Sachstandsbericht der Verwaltung zu möglichen Fördermaßnahmen durch die Stadt Lippstadt

Vorlage Nr. 129/2005

Herr Schwade hieß zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Dr. Rieffel willkommen, der sodann mittels einer Beamer-Präsentation über den Einsatz des Bundeswehr-Hilfskontingentes in der Zeit vom 03.01. – 18.03.2005, die aktuelle Lage in Banda Aceh sowie die Ziesetzung des Tsunami Banda Aceh Waisenkinderhilfe e. V. berichtete. Im Anschluss daran hatten die Ausschussmitglieder Gelegenheit, sich mit Fragen an Herrn Dr. Dr. Rieffel zu wenden. Eine kurze Übersicht über das Waisenhausprojekt in Banda Aceh ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Danach berichtete Frau Gramckow von den Recherchen hinsichtlich verschiedener Möglichkeiten der Stadt Lippstadt, sich nachhaltig in Südostasien zu engagieren. Angedacht war dabei eine Unterstützung des aus Lippstadt stammenden Paters Theophil, der seit ca. 50 Jahren auf Sumatra tätig ist. Dieser sollte nach der Tsunamikatastrophe mit dem Aufbau eines Waisenhauses auf Nias betraut werden. Dieses Waisenhausprojekt werde zwar weiterhin von den Kapuzinern betreut, allerdings nun nicht von Pater Theophil. Dieser sei mittlerweile wieder nach Sumatra zurückgekehrt, wo er nun entweder ein Brückenbauprojekt bei Barus oder ein Trinkwasserprojekt begleiten solle. Ein für Ende März angekündigter Bericht mit weiteren Informationen über die konkreten Planungen sei bis heute nicht eingegangen. Überhaupt gestalte sich die Kommunikation aufgrund der fehlenden Infrastruktur als überaus schwierig. So sei der letzte tel. Kontakt mit der Familie in Lippstadt im Februar des Jahres erfolgt.

Verschiedene Projekte im Katastrophengebiet koordiniere bereits seit einiger Zeit die Stadt Münster. Hier sei ein Orga-Team aus Vertretern der in Münster ansässigen und seit 50 Jahren auf Nias tätigen Kapuzinern, der Vereinten Ev. Mission und der Stadt Münster gegründet worden. Bisher seien ca. 100.000 € an Spendengeldern aus der Münsteraner Bevölkerung eingegangen. Zu den von der Stadt Münster koordinierten Projekten gehörten z. B. eine Poliklinik, Schulen, ein Fischereiprojekt, ein Waisenhaus, eine Krankenstation, ein Trinkwasserprojekt und der Häuserbau.

Andere Kommunen hätten sich bereits der Stadt Münster angeschlossen, so z. B. die Stadt Heidenheim, die eine Krankenstation, die Stadt Konstanz, die ein Trinkwasser-

projekt, und der Landkreis Emsland, der ein landwirtschaftliches Projekt unterstütze. So habe auch die Stadt Lippstadt die Möglichkeit ein Projekt auf Nias zu unterstützen.

Hinsichtlich der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit teilte Frau Gramckow mit, dass die verschiedenen Lippstädter Gruppen sich insgesamt dafür ausgesprochen hätten, dieses Geld wie bisher für die Einzelprojekte auszugeben und nicht ausschließlich für eine Unterstützung des Katastrophengebietes einzusetzen. Für den 10. September 2005 sei aber bereits ein Aktionstag unter dem Motto: "Welle der Hilfsbereitschaft" geplant, für den bereits 10 Eine-Welt-Initiativgruppen aus Lippstadt ihre Teilnahme zugesagt hätten. Dabei wies Frau Gramckow ausdrücklich darauf hin, dass die Finanzierung des Tages komplett aus Sponsorengeldern erfolgen solle, um einen möglichst hohen Reingewinn für die Flutopferhilfe nutzen zu können. Zudem sei von allen Initiativen deutlich gemacht worden, dass eine vielfältige Einbindung gerade auch der Politiker und der einzelnen Parteien erhofft werde.

Die Ausschussmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage sowie die Ausführungen von Herrn Dr. Dr. Rieffel und Frau Gramckow zur Kenntnis. Nach einer Diskussion der Angelegenheit in den einzelnen Fraktionen soll über die weitere Vorgehensweise entschieden werden.

3. Friedhofsgebührensatzung 2005 Vorlage Nr. 111/2005

An der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich die Herren Kayser und Schwade, Frau Bartmann-Salmen und Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Dr. Madjlessi, Marche, Strotmeier und Börskens.

Herr Kayser beantragte, derzeit keine Satzungsänderung zu beschließen, sondern die Verwaltung zu beauftragen, für eine im nächsten Jahr vorzunehmende Satzungsänderung eine Gebührenkalkulation im Sinne des Kölner bzw. Arnsberger Modells vorzusehen, so dass eine Kostenverrechnung zwischen Urnen- und Erdbestattung und damit eine Anpassung der jeweiligen Gebühren ermöglicht wird. Zudem beantragte er, den grünpolitischen Wert der städtischen Friedhöfe mit einem Prozentsatz von 40 in der Gebührenkalkulation zu berücksichtigen. Gleichzeitig regte er an, günstige Alternativen für Erdbestattungen zu prüfen und nannte hier beispielhaft die z. B. in den USA oftmals vorzufindenden 'Rasengräber'.

Frau Bartmann-Salmen sprach sich grundsätzlich für den Beschlussvorschlag aus, beantragte aber ebenfalls eine Festsetzung des grünpolitischen Wertes der Friedhöfe auf einen Prozentsatz von 40 sowie eine Konkretisierung der Ziffer 4 des Beschlussvorschlages in der Form, dass die nächste Gebührenkalkulation fest für das Jahr 2006 vorgesehen werde. Zudem regte sie eine neue Ausschreibung für die Grabbereitung an.

Nach der Aussprache über den Tagesordnungspunkt ließ Herr Schwade über den Beschlussvorschlag abstimmen, der aufgrund der vorgesehenen Änderungen als weitestgehender Vorschlag anzusehen sei. Er wies darauf hin, dass für das Jahr 2005 bereits ein 40-%iger grünpolitischer Wert der Friedhöfe berücksichtigt worden sei, so dass sich insoweit Änderungen erst bei einer erneuten Kalkulation ergeben könnten, und sagte zu, den in der Diskussion benannten Anregungen nachzugehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

1. a) Die östlich der Straße Auf dem Knappe gelegenen Flächen, die bisher für eine Friedhofserweiterung vorgehalten werden, sind nicht länger für Friedhofszwecke bereitzuhalten.
b) Die Verwaltung wird beauftragt, die mögliche Nutzung der frei werdenden Fläche unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen.
2. Der der Originalniederschrift beigefügten Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2005 wird zugestimmt.
3. Die der Originalniederschrift beigefügte "1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Lippstadt - Friedhofsgebührensatzung" wird beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebührenkalkulation 2006 unter Berücksichtigung der neuesten Untersuchungen der KGSt und des StGB durchzuführen.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

4. **Wahl eines Vertreters der Stadtparkasse Lippstadt in die Verbandsversammlung des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes
Vorlage Nr. 121/2005**

Frau Bartmann-Salmen schlug vor, als ordentliches Mitglied Herrn Wilhelm Börskens und als stellvertretendes Mitglied Herrn Dr. Forusan Madjlessi seitens des Rates der Stadt Lippstadt in die Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes zu entsenden. Nachdem Herr Schwade eine Frage von Herrn Kayser beantwortet hatte, beschloss der Haupt- und Finanzausschuss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

Der Rat der Stadt Lippstadt entsendet gem. § 5 Abs. 2 a und § 5 Abs. 3 Ziffer 2 der Satzung des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes (WLSGV)

Herrn Wilhelm Börskens (ordentliches Mitglied)

Herrn Dr. Forusan Madjlessi (stellvertretendes Mitglied)

in die Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes.

(Einstimmig zugestimmt bei einigen Enthaltungen)

5. **Aufhebung der Haushaltssperre bei der Haushaltsstelle 9.331.9351
Vorlage Nr. 115/2005**

Nach einer Wortmeldung von Herrn Kayser beschloss der Haupt- und Finanzausschuss Bezug nehmend auf die Vorlage:

Der Sperrvermerk bei der Haushaltsstelle 9.331.9351 'Anschaffung von vermögenswirksamen Ausstattungsgegenständen' – Stadttheater, wird aufgehoben.

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Zahlung einer pauschalierten Wegstreckenentschädigung im Rahmen der Schülerbeförderungen, sog. Gütersloher-Modell
Vorlage Nr. 122/2005**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläuterte Herr Brenke nochmals ausführlich die bisherige Entwicklung und den aktuellen Sachstand, nachdem Herr Schwade vorgeschlagen hatte, eine endgültige Beschlussfassung erst für die Ratssitzung am 30.05.2005 vorzusehen.

Frau Jasperneite-Bröckelmann stellte dazu den Antrag, die Angelegenheit erst auf die Tagesordnung der Junisitzung des Rates zu setzen, so dass vorab eine Befragung der betroffenen Schulen sowie eine Beratung im Schulausschuss erfolgen könne. Herr Börskens regte eine Zwischenschaltung des Schulausschusses nur für den Fall an, dass seitens der betroffenen Schulen kein Einverständnis signalisiert werde.

Sodann wurde die Sitzung kurzfristig unterbrochen, um dem anwesenden Vertreter der RLG, Herrn Spiekermann, Gelegenheit zu geben, auf verschiedene Fragen von Herrn Kayser und Frau Jasperneite-Bröckelmann zu antworten.

Die Angelegenheit wurde ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen, wobei Herr Schwade vorschlug, die durch die Fahrplanänderungen betroffenen Schulen bis zum 30.05.2005 um eine Stellungnahme zu bitten, die entsprechenden Reaktionen dann in der Ratssitzung bekannt zu geben und dort über eine ggf. notwendige Einbeziehung des Schulausschusses zu entscheiden.

7. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung

7.a Anfrage der BG-Fraktion zur Gebührenerhebung für die Abgabe und zur allgemeinen Versorgungssituation der "Gelben Säcke"

Herr Laub gab den Ausschussmitgliedern den Inhalt der Anfrage der BG-Fraktion (s. Anlage) zur Kenntnis und führte dazu aus, dass seit 08.03.1993 in der Stadt Lippstadt die Sammlung der Leichtfraktion über Gelbe Säcke erfolge. Die Ausgabe der Gelben Säcke sei bis Mitte März 1997 kostenfrei an den Ausgabestellen Bürgerbüro (Stadthaus, Ostwall 1) und Amt für Umweltschutz und Stadtreinigung (Klusetor 31) durchgeführt worden.

Aufgrund des seinerzeit festgestellten massiven Missbrauchs von Gelben Säcken habe das damalige Amt für Umweltschutz und Stadtreinigung dem Einzelhandel (38 Einzelhandelsgeschäfte im gesamten Stadtgebiet) mit Schreiben vom 17.03.1997 mitgeteilt, dass ab sofort Gelbe Säcke ausschließlich über den städtischen Einzelhandel zum Stückpreis von 1,- DM/Rolle zu verkaufen seien. Die genannten kostenfreien Ausgabestellen seien infolge dieser Maßnahme aufgelöst worden bei gleichzeitiger Verdichtung des Verkaufnetzes im Innenstadtbereich. Dem Umwelt- und Grünflächenausschuss wurde hierüber in der 19. Sitzung am 19.03.1997 berichtet.

Kurzfristig nach Einführung des neuen Verkaufssystems habe die Duales System Deutschland AG (DSD AG) auf die strikte Kostenfreiheit der Ausgabe der Gelben Säcke für den Bürger hingewiesen. Seitens des Amtes für Umweltschutz und Stadtreinigung sei die Einführung des Verkaufspreises ("Schutzgebühr") mit zusätzlichen Lagerhaltungs- und Personalkosten des Einzelhandels begründet worden. Die DSD AG habe diese Regelung mit der Maßgabe der Schaffung mindestens einer kostenfreien Ausgabestelle im Stadtgebiet akzeptiert. Diese sei beim ehemaligen Umwelthof der Initec gGmbH eingerichtet worden.

Im Zuge der Euro-Umstellung habe die Verkaufsgebühr seit 01.01.2002 0,50 EUR betragen. Mit Auflösung des Umwelthofes würden seit 01.01.2003 Gelbe Säcke kostenfrei beim Baubetriebshof ausgegeben.

Im Zuge der Neuausschreibung der Sammlung der Leichtfraktion ab 01.01.2005 (s. Vorlage 35/2005 vom 14.02.2005) und der damit einher gehenden Verknappung der Zuteilung von Gelben Säcken an die Bürger habe sich mit Schreiben vom 02.02.2005 ein Lippstädter Bürger an das zuständige Landesministerium (MURL) mit Hinweis auf die Kostenpflicht der Gelben Säcke in der Stadt Lippstadt gewandt. Mit Schreiben vom 21.03.2005 sei durch die DSD AG die Anweisung an die Stadt Lippstadt erfolgt, bis Ende März 2005 Maßnahmen zur kostenfreien Ausgabe von Gelben Säcken an die Bürger zu ergreifen. Mitarbeiter des Baubetriebshofes hätten sofort alle Ausgabestellen persönlich aufgesucht und diese mit Hinweis auf die besagte Anweisung gebeten, Gelbe Säcke nur noch kostenfrei auszugeben. Mit Ausnahme der Fa. "Ihr Platz" hätten insgesamt 7 externe Ausgabestellen die kostenfreie Ausgabe schriftlich bestätigt. Diese Aussage sei über den Auftraggeber, die Fa. Cleanaway Soest, direkt an die DSD AG weiter geleitet worden. Es sei davon auszugehen, dass die DSD AG dem MURL diesbezüglich Bericht erstattet hat.

Für die Fa. "Ihr Platz" erfolge nun ab Mai 2005 die Ausgabe der Gelben Säcke im Stadthaus, so dass weiterhin wie bereits seit Anfang des Jahres 9 Ausgabestellen im Stadtgebiet vorhanden seien. Diese würden auch fortan ratierlich zum Monatsanfang beliefert. Ferner könne der Bürger ständig während der Öffnungszeiten auf den Baubetriebshof als Ausgabestelle für Gelbe Säcke zurück greifen.

Der Baubetriebshof bzw. die damalige Abteilung Stadtreinigung des Amtes für Umweltschutz und Stadtreinigung hätten zu jeder Zeit alle Verteilstellen kostenfrei mit Gelben Säcken beliefert. Somit könne keine Rückerstattung erfolgen, insbesondere da die Verfahrensweise politisch abgestimmt gewesen sei und die externen Ausgabestellen nur eine Aufwandsentschädigung erhoben hätten. Ferner sei diese Verfahrensweise mit der DSD AG so abgestimmt gewesen.

Im Anschluss an die Ausführungen äußerten sich die noch die Herren Schwade, Strathaus, Marche und Laub zur der Angelegenheit.

Vorsitzender

Schriftführerin